

NEWS-TICKER

Verwaltung, Gesundheitssystem und Kriminalitätsbekämpfung

Spanien Vorreiter der Digitalisierung



Verwaltung, Gesundheitssystem oder Kriminalitätsbekämpfung: Die Digitalisierung ist in Spanien weit fortgeschritten. Als nächstes sollen die unzähligen Kleinunternehmen im Land davon profitieren. Doch es gibt auch Schattenseiten. Manche sehen sich abgehängt und beklagen eine zunehmende digitale Kluft. Steuerzertifikate und Meldebescheinigungen, die man sich umgehend bei der Behörde herunterlädt – ohne Schlange stehen zu müssen und ohne Bearbeitungszeiten. Selbstständige passen ihre Rentenbeiträge über die Website der Sozialkasse an, Bürgerinnen und Bürger überwachen die Auftragsvergabe der Behörden über ein staatliches Datenportal. Die Kommission der Europäischen Union stellt Spanien ein gutes Zeugnis aus: Zwar stehe das Land in der Digitalisierung noch hinter den baltischen und skandinavischen Staaten. Doch es liege deutlich vor den großen EU-Staaten Deutschland, Frankreich und Italien. Und auch im staatlichen Gesundheitssystem sind die Patientendaten von allen Spanierinnen und Spaniern digital erfasst. Es war ein schrittweiser Prozess, der vor 15 Jahren eingeleitet wurde. Inzwischen gibt es die elektronische Gesundheitskarte, eine App, Rezepte werden auf einem Server hinterlegt, auf den die App zugreift. Ein Patient geht mit seinem Smartphone zur Apotheke, öffnet die App und bekommt seine Medizin. Als besonders vorteilhaft erwies sich die Digitalisierung für das staatliche Gesundheitssystem vor allem bei den Impfkampagnen. 82 Prozent der Spanier sind mittlerweile doppelt geimpft, 87 Prozent der über 50-Jährigen und 92 Prozent der über 60-Jährigen haben auch eine Auffrischungsimpfung. Die statistische Erfassung der Impfungen war dank der elektronischen Erfassung der Patientendaten kein Problem: Es gibt ein staatliches Impfregeister. Spanien liegt bei der Versorgung mit High-Speed-Anschlüssen weit vorne, trotz der großen Unterschiede zwischen der Versorgung in den Städten und auf dem Land.

Quelle: Deutschlandfunk

Gegen fremdfinanzierte MVZ:
Appell an die Politik

Deutschlands Zahnmedizin auf Spitzen-niveau



KZBV, BZÄK und die Gesundheitsministerkonferenz der Bundesländer appellierten dringend an die Politik, Maßnahmen gegen versorgungsfremd finanzierte Medizinische Versorgungszentren (MVZ) einzuleiten, da Berufsaufsichtsbehörden wie die Zahnärztekammern nicht über Durchgriffsrechte verfügen. „Zahnmedizin ist kein Gewerbe“, mahnt BZÄK-Präsident Prof. Dr. Christoph Benz. „Die Zahnmedizin in unserem Lande ist international auf Spitzen-niveau – und das ohne Fremdkapital, welches nur zu Umsatzdruck, Über- und Fehlversorgung und somit Qualitätsverlust führen wird. Zahnmedizin ist persönliche Dienstleistung am und für den Menschen und keine Fließbandarbeit.“ Ein einstimmiger Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz von Ende Juni sowie mehrere Erhebungen zum Thema bekräftigen die Forderungen von BZÄK und KZVB nach dringendem gesetzgeberischem Handlungsbedarf. Darüber wird ein verpflichtendes Register für MVZs sowie die Angabe von gesellschaftsrechtlichen Eigentümerstrukturen direkt auf Praxisschild und Website gewünscht, um mehr Transparenz und Patientenschutz zu schaffen.

Quelle: IWW-Institut

Save the Date: FDI-Weltkongress der Zahnärzte

2023 live in Sydney



„Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, dass der FDI World Dental Congress nach vier langen Jahren vom 24. bis 27. September 2023 in Sydney, Australien, von Angesicht zu Angesicht zurückkehrt. Wir freuen uns, dieses Treffen gemeinsam mit unserem Mitglied, der Australian Dental Association, auszurichten und Sie in der Küstenmetropole Sydney – der größten Stadt Australiens – begrüßen zu dürfen“, lautet die Ankündigung auf der Internetseite der Federation Dentaire Internationale (FDI). Der Kongress soll den Stand der Wissenschaft in der Zahnmedizin durch ein wissenschaftliches Programm, interaktive Foren und eine zahnmedizinische Ausstellung voranbringen. Der weltgrößte internationale Zahnärzterverband wird also 2023 entsprechend mit seinem Weltkongress wieder live zu erleben sein.

Quelle: FDI

Zahnmedizinstudentin in Saudi-Arabien verurteilt

34 Jahre für ein paar Likes?

Die saudische Studentin Salma al-Shihab wurde zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt, weil sie kritische Beiträge auf Twitter geteilt hatte. Sie ist kein Einzelfall. Während sich das Königreich gesellschaftlich öffnet, wird es politisch immer autoritärer. Die 24-Jährige, die zurzeit im englischen Leeds Zahnmedizin studiert, war zu Besuch in der Heimat, als sie verhaftet wurde. Nun wurde sie zu 34 Jahren Haft verurteilt und zusätzlich mit einer ebenfalls 34 Jahre dauernden Ausgangssperre belegt. Sollte sie ihre Strafe bis zum Ende verbüßen müssen, wird sie 92 Jahre alt sein, bis sie sich das nächste Mal frei bewegen darf. Shihabs Vergehen, so geht aus der von ESOHR, einer saudischen Menschenrechtsorganisation, eingesehenen Urteilschrift hervor, lag darin, dass sie auf Twitter kritische Meldungen zur Verhaftung von Frauenrechtlerinnen in ihrer Heimat geteilt hatte.

Quelle: NZZ

Zahnmedizin im National Health Service (NHS)

NHS-Vertrag für Zahnärzte unattraktiv

Der Zugang zur NHS-Zahnmedizin ist seit der Gründung des Gesundheitsdienstes 1948 problematisch. Die kostenlose Behandlung wurde 1951 eingestellt, weil sie als unerschwinglich galt. Seitdem gibt es ein subventioniertes System, bei dem ein Teil der Patienten einen Beitrag zu den Kosten leistet. Parallel dazu hat sich ein starker privater Markt entwickelt, den ungefähr jeder Erwachsene in Anspruch nimmt. Es ist somit die Entscheidung des Zahnarztes, in welchem Maß er NHS-Leistungen erbringt. Die meisten NHS-Zahnärzte im Vereinigten Königreich sind selbstständig und nicht direkt beim Gesundheitsdienst angestellt. Wenn sie ihren NHS-Vertrag nicht erfüllen, wird das Geld, das sie erhalten haben, zurückgefordert. Der derzeitige NHS-Vertrag ist für Zahnärzte unattraktiv, da ihre Arbeit nicht fair entlohnt wird. Sparmaßnahmen drücken ebenfalls auf die Budgets, und dann kam die Pandemie, die einen Rückstau von Patienten mit einer sich verschlechternden Mundgesundheit verursachte. Diese Kombination von Faktoren scheint mehr Zahnärzte dazu veranlasst zu haben, die Praxis zu verlassen –



die Zahl der NHS-Patienten ging im letzten Jahr um 10 Prozent zurück. Für die British Dental Association (BDA) steht die NHS-Zahnmedizin „nach einem Jahrzehnt der Unterinvestition an einem Wendepunkt.“ Nach einem Jahrzehnt „brutaler Kürzungen“ seien allein für die Wiederherstellung des Finanzierungsniveaus von 2010 zusätzliche 880 Millionen Pfund pro Jahr erforderlich. „Das Finanzministerium scheint sich nicht wirklich verpflichtet zu haben, in die Zahnmedizin zu investieren“, sagte der BDA-Vorsitzende Eddie Crouch. „Die Patienten lassen sich die Zähne entfernen, weil es billiger ist, als die Zähne zu retten. Das ganze System ist auf gesundheitliche Ungleichheit ausgerichtet, und das muss sich dringend ändern.“

Quelle: BBC-Recherche